

Inhaltsverzeichnis

1. FORATOM	
2. Deutsches Atomforum	
3. Kerntechnik Deutschland	
4. Günther Oettinger	
5. European Energy Forum	
6. Businessseurope	

FORATOM

FORATOM ist eine der zentralen Lobbyorganisationen der Atomindustrie in Brüssel mit guten Kontakten zur EU-Parlamentariern und zur EU-Kommission. Bei der Lobbyarbeit von FORATOM spielt das Einbeziehen von EU-Abgeordneten eine wichtige Rolle.

FORATOM

Rechtsform

Tätigkeitsbereich Lobbytätigkeit für die europäische Atomindustrie

Gründungsdatum 12. Juli 1960

Hauptsitz

Lobbybüro

Lobbybüro EU Avenue des Arts 56, 1000 Brüssel

Webadresse www.foratom.org

Inhaltsverzeichnis

1 Ziele und Aktivitäten	2
2 Lobbyarbeit	3
3 Organisationsstruktur und Personal	3
3.1 Mitglieder	3
3.2 Generaldirektor	3
3.3 Präsident	4
3.4 Lobbyisten	4
4 Mitwirkung in Verbänden und Foren	4
5 Finanzen	4
6 Fallstudien und Kritik	4
6.1 Einbindung von EU-Parlamentariern in FORATOM-Initiativen	4
6.2 Richtlinie zur Nuklearen Sicherheit	5
7 2021: Gründung eines Netzwerks von EU-Abgeordneten zur Zukunft der Kernenergie	5
8 Weiterführende Informationen	5
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
10 Einzelnachweise	5

Ziele und Aktivitäten

FORATOM ist die Abkürzung für **European Atomic Forum** (deutsch: **Europäisches Atomforum**). Das Forum ist der Verband der europäischen Atomwirtschaft, der sich europaweit für die Förderung der Kernkraft einsetzt. Dazu gehört auch die Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen (Mitgliedern des Europäischen Parlaments und wichtigen Entscheidungsträgern in der Europäischen Kommission). FORATOM bezeichnet sich als "Brücke" zwischen der Atomwirtschaft und den EU-Institutionen, die es der Industrie ermöglicht, eine führende Rolle in der Politikdebatte zu spielen. Das Forum ist die Dachorganisation von 15 nationalen

Verbänden, die ca. 3000 europäische Unternehmen der Atomwirtschaft repräsentieren.^[1] Lange Zeit war das [Deutsches Atomforum](#) (DAfF) FORATOM-Mitglied. Dessen Nachfolgeorganisation [Kerntechnik Deutschland](#) ist FORATOM nicht beigetreten. FORATOM liefert Informationen und Expertise zur Rolle der Kernkraft, erstellt Positionspapiere, Newsfeeds, Stellungnahmen für öffentliche Anhörungen, analysiert die öffentliche Meinung und organisiert Network-Events wie Arbeitsessen, Workshops, persönliche Gespräche, Pressekonferenzen und Besichtigungen von Atomkraftwerken.^[2]

Lobbyarbeit

FORATOM hat sich nach eigenen Angaben zu einer von den EU-Institutionen als vertrauenswürdig betrachteten Informationsquelle bei politischen Entscheidungen zur Kernenergie entwickelt.^[3] Der von den Mitgliedern gelieferte und von der verbandseigenen Task Force gesammelte Input werde in Diskussionen mit den EU-Institutionen eingebracht. Der Input der Atomwirtschaft werde besonders von EU-Parlamentariern und Repräsentanten der EU-Kommission geschätzt. Laut Jahresbericht 2020 gab es die folgenden Arbeitsgruppen: Energiepolitik, Nachhaltigkeitspolitik, Wirtschaft und Märkte, Aus- und Fortbildung. An temporären Task Forces werden erwähnt: Brexit, Rahmenbedingungen für Investitionen, kleine und mittelständische Unternehmen (SMR) und Wasserstoff Adhoc Group.

Die Lobbyarbeit wird im [Annual Report 2012](#) im Kapitel "Networking and lobbying" wie folgt geschildert. FORATOM hat seine Netzwerk- und Lobbytätigkeit durch Gespräche mit hohen Beamten der Europäischen Institutionen intensiviert und diversifiziert. Erwähnt werden insbesondere Mitarbeiter der Europäischen Kommission (Generaldirektionen Energie und Forschung) und Kabinettsmitglieder von Kommissar [Günther Oettinger](#). Zwischen 2014 und 2021 hat es insgesamt 15 Treffen mit der EU-Kommission gegeben.^[4] Die Netzwerkarbeit bezog sich laut Annual Report 2012 auch auf EU-Parlamentarier (MEP), insbesondere Mitglieder des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie und des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Jede Gelegenheit sei ergriffen worden, um die Parlamentarier vom Nutzen der Kernenergie zu überzeugen und sie zu bewegen, an den Veranstaltungen teilzunehmen, die vom "MEP Forum for the Future of Nuclear Energy" und dem [European Energy Forum](#) organisiert werden. Als weiterer Adressat wird die [Working Party on Atomic Questions](#) (WPAQ) Europäischen Rats genannt.

Laut [EU Transparenzregister](#) hat FORATOM eine Vielzahl von Beiträgen zu öffentlichen Konsultationen und Fahrplänen - wie z.B. EU Strategy on Adaption to Climate Change, EU hydrogen strategy, Climate change mitigation and adaption taxonomy - geleistet. Am 11. Januar 2022 hat FORATOM gegenüber der EU-Kommission zum EU Taxonomy Complementary Delegated Act Stellung genommen.^[5]

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Die Mitglieder kommen aus 15 nationalen Verbänden europäischer Staaten und sechs Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt FORATOM ca. 3.000 Unternehmen (Betreiber, Zulieferer oder Dienstleister von Kernkraftwerken und anderen kerntechnischen Anlagen).

Generaldirektor

Generaldirektor ist Yves Desbazeille

Präsident

Präsident ist [Jean-Michel Quilichini](#)

Lobbyisten

Laut EU Transparenzregister wurden 2021 8 Lobbyisten (Vollzeitäquivalent: 4) beschäftigt

Mitwirkung in Verbänden und Foren

FORATOM ist in den folgenden Organisationen vertreten:

- European Nuclear Energy Forum (ENEF)
- European Nuclear Safety Regulators Group (ENSREG)
- Sustainable Nuclear Energy Technology Platform (SNETP)
- European Nuclear Society (ENS)
- European Human Resources Observatory for Nuclear (EHRON)
- Implementing Geological Disposal of Radioactive Waste Technology Platform (IGDTP)
- International Atomic Energy Agency (IAEA)
- Nuclear Energy Agency (NEA)
- MEP Forum for the Future of Nuclear Energy
- [European Energy Forum](#)

Quelle: ^[6]

Finanzen

Laut EU-Lobbyregister hat FORATOM im Jahr 2020 zwischen 300 Tsd. und 400 Tsd. Euro für Lobbyarbeit ausgegeben.^[7]

Fallstudien und Kritik

Einbindung von EU-Parlamentariern in FORATOM-Initiativen

"Declaration on Climate Change and Nuclear Energy" (2005)

Das Forum initiierte 2005 eine "Erklärung zu Klimawandel und Nuklearindustrie", in der eine verstärkte Nutzung der Atomenergie zur Bekämpfung des Klimawandels gefordert wird.^[8] Die Erklärung wurde von 27 EU-Parlamentariern verschiedener Parteizugehörigkeit unterzeichnet.^[9] Darunter befinden sich die Deutschen [Herbert Reul](#) (CDU, Mitglied und bis 2012 Vorsitzender des [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie](#), Vizepräsident des [European Energy Forum](#)) und [Daniel Caspary](#) (CDU, Mitglied des [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie](#), Direktor des [European Energy Forum](#)).

Declaration "Nuclear Energy: Part of a Low-Carbon Energy Future" (2007)

Die Erklärung "Nuclear Energy: Part of a Low-Carbon Energy Future" wurde von FORATOM, [BusinessEurope](#), der Confederation of European Businesses, EURELECTRIC (europäischer Verband der Elektrizitätswirtschaft) und IFIEC Europe (Internationaler Verband der Industriellen Stromverbraucher) initiiert.^[10] Diese Pro-Atom-Erklärung wurde von 56 EU-Parlamentariern unterzeichnet.

Richtlinie zur Nuklearen Sicherheit

Im Jahresbericht 2013 von FORATOM wird dessen erfolgreiche Lobbyarbeit zur Änderung der Richtlinie zur Nuklearen Sicherheit ("Nuclear Safety Directive"/NSD) gegenüber der EU-Kommission und dem **Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie** des EU-Parlaments beschrieben.^[11]

2021: Gründung eines Netzwerks von EU-Abgeordneten zur Zukunft der Kernenergie

Im November 2021 ist ein interfraktionelles Netzwerk von EU-Parlamentariern zur Zukunft der Kernenergie gegründet worden.^[12] Es sollen Treffen und Veranstaltungen insbesondere zu den folgenden Themen organisiert werden: Einbeziehung der Kernkraft in die EU-Taxonomie, Herstellung von kohlenstofffreiem Wasserstoff sowie Forschung und Entwicklung zur Verminderung radioaktiven Abfalls. Initiator und Vorsitzender ist der französische EU-Abgeordnete Christophe Grudler, der am 14. Juni 2021 auf dem von FORATOM veranstalteten Kongress „Nuclear at a crossroads: Where to next?“ eine Grundsatzrede gehalten hat.^[13] Stellv. Vorsitzende sind: Francois-Xavier Belamy, Tomas Tobé, Tsvetelina Penkova, Karin Karlsbro und Alexandr Vondra.

Weiterführende Informationen

- [FORATOM bei Powerbase](#)
- [FORATOM im Lobbyregister der EU](#)
- [Nuclear Transparency Watch](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Membership](#), foratom.org, abgerufen am 20.01.2022
2. ↑ [What we do](#), foratom.org, abgerufen am 21.01.2022
3. ↑ [About us Our work](#), Webseite FORATOM, abgerufen am 12. 12. 2013
4. ↑ [FORATOM](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 21.01.2022
5. ↑ [FORATOM proposes improvements to taxonomy complementary delegated act](#), foratom.org vom 11.01.2022
6. ↑ [Nuclear forums at EU and international levels](#), foratom.org, abgerufen am 22.01.2022
7. ↑ [Eintrag von FORATOM im EU-Lobbyregister](#), abgerufen am 22.01.2022
8. ↑ [Mirjam Stöckel: Europa Strippenziehen für die Atome](#), Deutsche Welle 18. Mai 2009, Webseite Deutsche Welle, abgerufen am 12. 12. 2013
9. ↑ [Heidi Klein: 50 Jahre EURATOM - die privilegierte Position der Atomlobby in Brüssel](#), 10. Mai 2007, Webseite LobbyControl, abgerufen am 13. 12. 2013

10. ↑ MEP Declarations endorses nuclear as key part of EU’s low-carbon energy future, Brüssel 22. Novmeber 2007, Webseite atomeromu, abgerufen am 13. 12. 2013
11. ↑ Annual Report 2013 The policy agenda in 2013 Nuclear Safety, Webseite FORATOM abgerufen am 10. 06. 2015
12. ↑ Nuclear MEP Club Launched in the European Parliament, ien.eu vom 26.11.2021, abgerufen am 23.01.2022
13. ↑ Programme, events.foratom.org, abgerufen am 23.01.2022

Deutsches Atomforum

Weiterleitung nach:

- [Kerntechnik Deutschland](#)

Kerntechnik Deutschland

Kerntechnik Deutschland e. V. (KernD) wurde 1959 als **Deutsches Atomforum** e.V. (DAfF) gegründet. 2019 erfolgte eine Verschmelzung mit dem Wirtschaftsverband Kernbrennstoff-Kreislauf und Kerntechnik e.V. (WKK) auf KernD.^[1] Zu den Mitgliedern zählen Organisationen aus allen Sektoren und Anwendungsfeldern der Kerntechnik: Energieversorgungsunternehmen, Hersteller, Zulieferer, Dienstleister, Hochschulen und Forschungsinstitute, Wirtschaftsvereinigungen etc.^[2] Vereinszweck ist laut [Satzung](#) die Förderung der Kompetenz im Bereich der friedlichen Nutzung der Kerntechnik bzw. angrenzender Disziplinen /Technologien in Anwendung, gesellschaftlichem Dialog, regulatorischen Prozessen sowie Forschung und Lehre.

Kerntechnik Deutschland e.V.

Rechtsform	Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Förderung der friedlichen Nutzung der Kerntechnik
Gründungsdatum	26. Mai 1959
Hauptsitz	Berliner Str. 80 A, Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	kern.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbytätigkeit	7
2 Aktivitäten	7
3 Tochtergesellschaft INFORUM	7
4 Geschichte	8
5 Vorstand und Geschäftsführung	8
6 Mitglieder	8
7 Fallstudien und Kritik	9
7.1 Gemeinnützigkeit des Atomforums?	9
7.2 2008-2009: Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs	9
7.3 Werbekampagnen und Greenwashing	10
8 Weiterführende Informationen	10
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
10 Einzelnachweise	10

Lobbytätigkeit

Nach dem Beschluss der Bundesregierung, bis Ende 2022 aus der Kernkraft auszusteigen, hat der Verein seine Aktivitäten auf den Rückbau von Anlagen, die Endlagerung radioaktiver Abfälle und das Abfallmanagement konzentriert. Im September 2022 zeigte sich der Verband enttäuscht über den Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums, zwei der derzeit noch am Netz verbleibenden deutschen Kernkraftwerke über den gesetzlichen Stilllegungstermin 31. Dezember 2022 hinaus lediglich in Betriebsbereitschaft zu halten und nur bei Bedarf eine Stromproduktion zu gestatten.^[3] Es sei unverständlich, dass die Auswirkung eines mehrjährigen Weiterbetriebs von Kernkraftwerken mit ihrer Erzeugung von 33 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr auf die Preisentwicklung in der Entscheidungsfindung der Bundesregierung offensichtlich keine Rolle gespielt habe.

Im deutschen Lobbyregister gibt Kerntechnik Deutschland an, (Stand: 29.06.2023)

- im Jahr 2022 zwischen 70.001 und 80.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 1 bis 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[4]

Laut [EU Transparenzregister](#) ist in Brüssel ein Lobbyist (Vollzeitäquivalent: 0,2) ohne Zugangsberechtigung zum Europäischen Parlament tätig. Die Lobbyausgaben werden mit < 10 Tsd. Euro beziffert. Es gab kein Treffen mit der EU-Kommission. Im Gegensatz zur Vorgängerorganisation Deutsches Atomforum ist KernD kein Mitglied des einflussreichen europäischen Atomforums [FORATOM](#).

Aktivitäten

Der Verein versteht sich als Kompetenzzentrum für den öffentlichen und regulatorischen Dialog im Bereich der Kerntechnik. Inhaltlich beschäftigt sich KernD unter anderem mit den noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerken, dem Rückbau und der Entsorgung, dem Strahlenschutz, dem kerntechnischen Industrie- und Forschungsstandort, speziell in puncto Reaktorsicherheitsforschung, dem Transportwesen und der Kerntechnik im Alltag. Es gibt die folgenden Fachausschüsse: Radioaktive Abfälle (Fragen des Abfallmanagements sowie der Stilllegung und Endlagerung), Spaltmaterialüberwachung und Strahlenschutz.

Die Aktivitäten zu „Politik und Gesellschaft“ (u. a. Wahlspecials, Umfragen, Positionen, internationale Organisationen, Geschichte der Kernenergie, Fakten zur Kernenergie) sind [hier](#) abrufbar. Unter Experten wird neben Experten aus der Branche der Journalist und Leugner/Relativierer des menschengemachten Klimawandels, [Roland Tichy](#) aufgeführt, der dort die Solar- und Windenergie diffamiert: „Frühe Kämpfer gegen die Kernenergie genießen Heldenstatus wie Soldaten der Roten Armee, die Deutschland befreit haben; Profiteure der Solar- und Windradindustrie gelten nicht als Geschäftemacher und Subventionsjäger, sondern als Innovatoren, Pioniere und Weltverbesserer“.^[5] Ein weiterer Experte ist Frank Henning, Autor des Buches „Dunkelflaute - oder warum Energie sich nicht wenden lässt“, der die Serie „ABC des Energiewende- und Grünsprech“ online auf „Tichys Einblick“ schreibt.^[6]

Tochtergesellschaft INFORUM

Die 1987 gegründete INFORUM Verlags- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft von KernD (ehemals DATF), die u.a. in der beruflichen Weiterbildung tätig ist und gemeinsam mit der [Kerntechnischen Gesellschaft](#) (KTG) die KERntechnik organisiert, eine Fachtagung der kerntechnischen Branche. Weiterhin gibt INFORUM das Fachmagazin "atw - International Journal of Nuclear Power" heraus.

Geschichte

Am 26. Mai 1959 wurde das Deutsche Atomforum gegründet. Kurz zuvor war das Atomgesetz der Bundesrepublik beschlossen worden, das die Rechtsgrundlage für den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken schaffte. Präsident des Forums war bis in die siebziger Jahre Karl Winnacker, der während des zweiten Weltkrieges leitende Positionen bei der umstrittenen IG Farben und der Hoechst AG innehatte. Winnacker fasste die Bedeutung des Forums rückblickend so zusammen: *„Hauptaufgabe des Deutschen Atomforums war die Förderung der Kernenergie im Bewusstsein der Öffentlichkeit. (...) Ohne sie wäre die gesamte Arbeit für die Kernenergie, besonders auch die Beschaffung der staatlichen Mittel, gar nicht möglich gewesen.“*^[7] Zu Beginn zählten Vertreter von öffentlichen Behörden zu den Mitgliedern des Forums, was zur Verschmelzung von Atomwirtschaft, öffentlichen Behörden und Politikern führte. Ende der sechziger Jahre kam der Durchbruch für die Kernenergie in Deutschland. Kurze Zeit später wuchs auch der Widerstand gegen die Atomkraft stark. Das Atomforum versuchte dem entgegenzuwirken, indem es Publikationen und Broschüren veröffentlichte und Veranstaltungen abhielt, welche die Atomkraft anpriesen und Sicherheitsrisiken verharmlosten. Ein Jahr nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl wurde die INFORUM Verlags- und Verwaltungsgesellschaft als eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des Atomforums gegründet. INFORUM übernahm die Organisation der Veranstaltungen und Publikationen, da nach dem Tschernobyl-Unglück die Werbung für Atomkraft wieder umso wichtiger für die Atomlobby wurde. In den folgenden Jahren konnte sich die Kernenergie in Deutschland bis zum rot-grünen Beschluss aus der Atomkraft auszusteigen im Jahr 2002 etablieren. Ein schneller Ausstieg passierte jedoch nicht, da das Atomforum mit allen möglichen Mitteln versuchte den Ausstieg hinauszuzögern.^[8] Unter veränderter Regierungskonstellation erreichte die Atomlobby schließlich den Ausstieg aus dem Ausstieg und die Verlängerung der Laufzeiten um durchschnittlich 12 Jahre. Die Ereignisse in Japan im Jahr 2011 trugen dazu bei, dass nun der stufenweise Ausstieg aus der Atomkraft bis 2020 vollzogen werden soll.^[9] 2019 wurde das Deutsche Atomforum mit dem Wirtschaftsverband Kernbrennstoff-Kreislauf und Kerntechnik e.V. auf Kerntechnik Deutschland e.V. verschmolzen.

Vorstand und Geschäftsführung

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist Thomas Seipolt, Managing Director der NUKEM Technologies GmbH (Tätigkeit: Management von radioaktiven Abfällen, Rückbau kerntechnischer Anlagen) sowie Geschäftsführer der NUKEM Technologies Engineering Services GmbH, einer Tochtergesellschaft der NUKEM Technologies GmbH. Letztere gehört zur staatlichen russischen Atomenergieforschungsgesellschaft Rosatom, die nicht nur in der zivilen Nutzung der Kernenergie tätig ist, sondern mit 90.000 der insgesamt 275 Tsd. Beschäftigten auch für den Kernwaffenkomplex^[10]

Geschäftsführer ist Thomas Behringer, Mitglied des Beirats der [AiNT GmbH](#).

Pressesprecher mit Zuständigkeit für die EU ist Nicolas Wendler.

Mitglieder

Die 12 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Fallstudien und Kritik

Gemeinnützigkeit des Atomforums?

Die Gemeinnützigkeit des Vereins und die damit verbundenen Steuererleichterungen waren umstritten. Es bestand Grund zu zweifeln, ob der Verein das Prädikat "gemeinnützig" verdient. Laut §52 der Abgabenordnung zeichnet sich Gemeinnutz nämlich dadurch aus, dass die "Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern."^[11] Das Atomforum hingegen wirkte als Lobby für die Energiewirtschaftsunternehmen mit dem eigennützigen Ziel Atomkraft zu fördern ohne Rücksicht auf Risiken. Bereits vor 2015 hat der Verein auf die Gemeinnützigkeit verzichtet.^[12]

2008-2009: Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs

Die taz veröffentlichte im Oktober 2011 interne Dokumente der Kommunikationsagentur [Deekeling Arndt Advisors](#), die 2008 und 2009 für das Deutsche Atomforum tätig war. Diese zeigen, auf wie vielfältige Weise die Atomlobby versuchte, die öffentliche Debatte zu beeinflussen und dabei immer wieder auf die Strategie zurückgriff, vermeintlich unabhängige Instanzen für sich werben zu lassen, damit es glaubwürdiger aussieht. Ein Beispiel war der Verein Women in Nuclear, in dem Frauen für Atomkraft werben. Der Verein veröffentlicht die Herkunft seiner Gelder nicht und bestreitet selbst Teil einer Kampagne zu sein. Aber die Unterlagen von Deekeling Arndt Advisors zeigen, dass die Agentur die Rekrutierung der Mitglieder und die öffentliche Vermarktung des Vereins gezielt unterstützte, um damit die weibliche Zielgruppe anzusprechen und dort Vertrauen in die Atomenergie zu schaffen.

Ein anderes Beispiel: der konservative Historiker Arnulf Baring hielt eine Rede beim 50. Geburtstags des Deutschen Atomforums am 1. Juli 2009 bei einer Feier, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm. Er betont in der Rede, dass er nicht mit den Energiekonzernen verbunden sei und „als unparteiischer, aber leidenschaftlich engagierter Bürger“ rede. Tatsächlich hat die Agentur ihm bei der Rede zugearbeitet und er wurde für den Vortrag bezahlt. Die Agentur sorgt auch dafür, dass Barings Rede als Gastbeitrag in der FAZ abgedruckt wird – auch hier kein Hinweis darauf, dass der Text von der Atomlobby bezahlt und platziert wurde.^[13]

Werbekampagnen und Greenwashing

- Kurz nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl erschienen großformatige Zeitungsanzeigen in denen der damalige Präsident der Bundesärztekammer Karsten Vilmar seine Kollegen dazu aufrief ihre Patienten darüber aufzuklären, dass in Deutschland keine gesundheitlichen Schäden durch das Reaktorunglück in Tschernobyl entstanden sind, und somit „unsinnigen Spekulationen, Unsicherheit und Hysterie“ vorzubeugen. Die zehn Millionen DM teure Kampagne bezahlte das Atomforum, gab aber vordergründig an, dass die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke e.V. zahlte, um so die direkte Verbindung zu verschleiern. Der Spiegel deckte damals weitere (versuchte) Einflussnahmen auf die öffentliche Meinung und die Politik auf, u.a. einflussreiche Journalisten zu Konferenzen einzuladen, den [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) zu überreden eine ähnliche Anzeige zu schalten und die Anliegen der Atomindustrie in einem offenen Brief des BDI-Präsidenten an den Bundespräsidenten vorzutragen.^[14]
- Im Zeitraum 1997 bis 2002 ließ sich die Bundesregierung Öffentlichkeitsarbeit für das Atommüllendlager Asse vom Deutschen Atomforum finanzieren. Dadurch wurden die Kosten für Besucherführungen durch das Endlager gedeckt.^[15]
- 2007 "gewann" das Deutsche Atomforum den [Worst EU Lobbying Award](#) für die Werbekampagne „Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“, in der Atomkraft unverblümt als Klimaschutz dargestellt wird.^[16] Die Webseite [Klimaschuetzer.de](#) leitet einen noch immer auf die Seite des Atomforums weiter.
- Eine weitere Werbekampagne startete das Deutsche Atomforum Ende 2010. Per Fotomontage wurden Windkraftanlagen zusammen mit Kernkraftwerken auf Werbeplakaten und in Zeitungsanzeigen dargestellt. Der irreführende Slogan dazu hieß „Klimaschützer unter sich“ und „Kernkraftwerk und Windenergie: CO₂-Ausstoß = Null.“ Im Dezember 2010 erreichte die Betreiberin der abgebildeten Windkraftanlagen eine einstweilige Verfügung gegen die Nutzung von Bildmaterial ihrer Windräder für Werbekampagnen des Deutschen Atomforums. Die Begründung des Gerichts, das am 5. Mai 2011 die einstweilige Verfügung bestätigte, lautete folgendermaßen: „Die Werbung ist irreführend, weil sie durch ihre Gesamtgestaltung (...) den unzutreffenden Eindruck erweckt, Kernkraftwerke stünden in Zusammenhang mit Windkraftanlagen und hätten ähnliche gute Umwelteigenschaften.“^[17] Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da das Atomforum Berufung eingelegt hat.

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Key Note Speech 2019](#), kern.de, abgerufen am 23.01.2022
2. ↑ [Über uns](#), kernd.de, abgerufen am 19.01.20202
3. ↑ [Habecks Vorschlag zum KKW-Weiterbetrieb](#), kern.de vom 06.09.2022, abgerufen am 26.09.2022
4. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 11.10.2023
5. ↑ [Roland Tichy im Interview](#), kernd.de, abgerufen am 19.01.2022

6. ↑ Frank Hennig, tichyseinblick.de, abgerufen am 19.01.2022
7. ↑ Winnacker, K. & Wirtz, K. (1988). Das unverstandene Wunder. Kernenergie in Deutschland, München: Econ Verlag
8. ↑ Simmert, C. (2002). Die Lobby regiert das Land, Argon Verlag
9. ↑ Eine starke Lobby - Das deutsche Atomforum und die Entwicklung der Kernenergie Deutschlandradio vom 16. März 2011, abgerufen am 10.04.2017
10. ↑ Analyse der Rosatom-Aktivitäten bzw. Rosatom-Verflechtungen für das österreichische Umweltbundesamtes, Wien 2022, umweltbundesamt.at, abgerufen am 26.09.2022
11. ↑ §52 AO Gemeinnützige Zwecke abgerufen am 07.04.2017
12. ↑ Gemeiner Nutzen, stuttgarter-nachrichten.de vom 31.08.2015, abgerufen am 19.01.2022
13. ↑ Ausgedacht und vorgeführt taz vom 29.10.2011, abgerufen am 07.04.2017
14. ↑ Atomlobby - Ohne einen Pfennig Spiegel Ausgabe 29/1986, Seite 77, abgerufen am 07.04.2017
15. ↑ Atomlobby zahlt für Asse Spiegel Ausgabe 21/2009, Seite 18, abgerufen am 07.04.2017
16. ↑ Die Gewinner der Worst EU Lobbying Awards 2007 sind.. LobbyControl-Blog vom 4. Dezember 2007, abgerufen am 07.04.2017
17. ↑ Urteil Landgericht Berlin 91 O 35/11 vom 5. Mai 2011, abgerufen am 07.04.2017

Günther Oettinger

Günther Oettinger (* 15. Oktober 1953 in Stuttgart), CDU-Politiker und seit 2019 Lobbyist, war bis 2019 EU-Kommissar für Haushalt und davor Kommissar für Digitalwirtschaft (2017-2019) sowie EU-Kommissar für Energie (2010-2014). Für die Beratertätigkeit nach dem Ende seiner EU-Amtszeit im November 2019 hat er die Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung gegründet.^[1] Nach seinem Ausscheiden aus der EU-Kommission hat Oettinger 13 neue Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere in Gremien von Unternehmen und wirtschaftsnahen Denkfabriken, genehmigen lassen.^[2]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung	12
2 Karriere	12
3 Verbindungen und Netzwerke	13
3.1 Genehmigte Nachfolgebeschäftigungen	13
3.2 Weitere Verbindungen	13
3.3 Kommissar der Konzerne	13
3.4 Oettingers Europaforum Lech	13
3.5 Die Oettinger-Gruppe	14
4 Fallbeispiele und Kritik	14
4.1 2016: Vorwürfe wegen eines Freiflugs mit einem Lobbyisten	14
4.2 2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation	15
4.3 2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt	15
4.4 2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik	15
4.5 2007: Stuttgart 21	15
5 Zitate	16

6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
7 Einzelnachweise	16

Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung

Nach Beendigung seiner Tätigkeit als EU-Kommissar hat Oettinger gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Friederike Beyer die Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH, mit Sitz in Hamburg gegründet (AG Hamburg HRB 158209). Laut Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 2. Oktober 2020 ist der Gegenstand der Gesellschaft die Beratung von Unternehmen, öffentlichen Institutionen und Einzelpersonen im In- und Ausland in wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten sowie die Vermittlung des Abschlusses von Verträgen über Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, gewerbliche Räume oder Wohnräume und der Nachweis der Gelegenheit zum Abschluss solcher Verträge und alle damit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Oettinger und Beyer sind Geschäftsführer der GmbH und an deren Stammkapital in Höhe von 100 Tsd. Euro mit je 50 % beteiligt.

Karriere

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)
- 2019 Gründung der Oettinger Consulting, Wirtschafts- und Politikberatung GmbH
- 01/2017-11/2019 **EU-Kommissar für Haushalt und Personal**
- 10/2014-12/2016 EU-Kommissar für Digitalwirtschaft
- 02/2010-10/2014 EU-Kommissar für Energie
- 2005–2010 **Ministerpräsident von Baden-Württemberg**
- 2005–2009 Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg
- 2001–2005 Bezirksvorsitzender der CDU Nordwürttemberg
- 1991–2005 Fraktionsvorsitzender der CDU im Landtag von Baden-Württemberg
- seit 1988 Mitinhaber der [Oettinger-Gruppe](#) in Ditzingen
- 1984–2010 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
- 1980–1994 Stadtrat in Ditzingen
- seit 1974 Mitglied der CDU
- 1971-1982 Studium der Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an der Universität Tübingen

Quelle:^[3]

Verbindungen und Netzwerke

Genehmigte Nachfolgebeschäftigungen

Von der EU-Kommission sind die folgenden Nachfolgebeschäftigungen genehmigt worden:

- Amundi (Asset Management): Aufsichtsrat
- CG Elementum AG: Aufsichtsrat
- London Speakers Bureau: Speaker
- [Stiftung Ordnungspolitik](#): Kuratorium
- [Centrum für Europäische Politik](#): Kuratorium
- United Europe: Präsident
- [DGAP](#): Mitglied des „Steering Committee“
- Landesmuseum Württemberg: Beirat
- Herrenknecht AG: Aufsichtsrat
- [Deloitte](#) Deutschland GmbH: Beirat
- [Kekst CNC](#): Global Advisory Board
- Privatbank Donner & Reuschel (Signal Iduna Versicherungskonzern): Beiratsvorsitzender

Quelle: ^[4]^[5]

Weitere Verbindungen

- ehem. (ehrenamtlich beratendes) Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrats der CDU](#), einer Lobbyorganisation unionsnaher Unternehmer. ^[6]
- Senator der Lobbyorganisation EWiF/[Wir Eigentümerunternehmer](#)^[7]
- Mitglied des Aufsichtsrats und des Beirats der Gröner Group AG (Vorstandsvorsitzender: [Christoph Gröner](#))^[8]

Kommissar der Konzerne

2016 fanden über 90 Prozent von Oettingers Treffen als EU-Kommissar mit Wirtschaftsvertretern statt. Kein EU-KommissarIn weist einen höheren Wert aus, wie eine Auswertung der Webseite [EU Integrity Watch](#) ergibt. ^[9]

Oettingers Europaforum Lech

Als EU-Kommissar lud Günter Oettinger jährlich eine handverlesene Liste von Leuten in den exklusiven Wintersportort Lech/Österreich zum „Europaforum Lech“. Organisiert wird die Veranstaltung hauptsächlich von Oettingers Generaldirektion. 2016 jährte sich das Event zum 5. Mal. Der Mini-Gipfel besteht aus Reden, Podiumsdiskussionen – und zahllosen Möglichkeiten, Oettinger oder einen der anderen hochrangigen EU-Beamten zu einem persönlichen Gespräch zur Seite zu nehmen.

2016 nahmen vor allem Führungskräfte der Kommunikations- und IT-Branche wie Vodafone-Chef Hannes Ametsreiter, Gavin Petterson, CEO von British Telecommunication, oder der Google-Chef für strategische Beziehungen für Europa teil. Von Seiten der EU waren unter anderem Giovanni Buttarelli, EU-Datenschutz-Bbeauftragter, oder Wilhelm Molterer, der Geschäftsführer des Europäischen Fonds für strategische Investitionen, anwesend. Insgesamt zeigt die Teilnehmer/-innen-Liste 62 Vertreter/innen aus der Wirtschaft, 5 Politiker und etwa 12 hochrangige EU-Vertreter/-innen, so wie 4 Vertreter aus dem akademischen Bereich.

Recherchen des Journalisten Sascha Adamek belegen, dass die Gemeinde Lech, die Teile des Europaforums mit organisierte, für 2012 und 2013 das österreichische Energie- und Gasunternehmen OMV als Sponsor gewinnen konnte. Damals war Oettinger Energiekommissar – und OMV an 2 Projekten interessiert, die in Oettingers Verantwortung als Energiekommissar fielen: die Nabucco-Pipeline und die Southstream-Pipeline. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich ein Unternehmen über Sponsoring-Aktivitäten Zugang zu einem zentralen Entscheidungsträger verschafft.^[9]

Die Oettinger-Gruppe

Der damalige Ministerpräsident Oettinger war im Jahr 2008 zu 25% Mitinhaber der Oettinger-Gruppe, einer Wirtschaftsprüfung, Treuhand-, Revisions- und Unternehmensberatungsgesellschaft in Ditzingen. Gesellschafter der Oettinger-Gruppe ist der Sparkassenverband Baden-Württemberg. Dessen Präsident, Peter Schneider, ist Vorsitzender des Beirats der Oettinger-Gruppe.^[10]

Problematisch ist diese Verbindung, weil der Ministerpräsident einer Landesregierung vorsteht, die den Sparkassenverband beaufsichtigt, der wiederum an seinem Unternehmen beteiligt ist. Andreas Müller schreibt in der Stuttgarter Zeitung über diese Verbindungen der Oettinger-Gruppe^[11]: *„Entsprechend überrascht reagierten branchenkundige Politiker und Wirtschaftsleute, als die Stuttgarter Zeitung sie auf die Verbindung ansprach. Politisch sei die Oettinger-Gruppe bekanntermaßen "gut vernetzt", aber nein, davon habe man noch nie gehört. Wozu solle sich der Sparkassenverband, der für seine 55 Institute selbst eine große Prüfungsabteilung unterhält, an einer Prüfungsgesellschaft beteiligen? Das könne man sich "eigentlich nicht vorstellen", lautete sogar bei der Wirtschaftsprüferkammer in Berlin die erste Reaktion. Nach der Berufsordnung seien solche Beteiligungen von Nichtprüfern seit 1986 nicht mehr zulässig; nur für "Altfälle" gebe es Bestandsschutz.“* *„Um einen solchen Altfall geht es in der Tat – so alt, dass sich Hans-Joachim Oettinger zunächst nur vage erinnerte. Die Beteiligung stamme wohl aus den 60er Jahren, die Motive dafür müsse man erst im Firmenarchiv recherchieren.“*

Fallbeispiele und Kritik

2016: Vorwürfe wegen eines Freiflugs mit einem Lobbyisten

Im November 2016 ist gegen Oettinger der Vorwurf erhoben worden, im Privatflugzeug des Lobbyisten Klaus Mangold nach Ungarn zu einem Treffen mit Viktor Orban geflogen zu sein, ohne für den Flug zu bezahlen.^[12] Mangold, ehem. Daimler-Manager und ehem. Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, ist Honorarkonsul der Russischen Föderation für Baden-Württemberg und Inhaber der Internationalen

Wirtschaftsberatungsgesellschaft mbH (IWB).^[13] Diese bietet auf ihrer Webseite die Kontaktvermittlung zu Einrichtungen der öffentlichen Hand in Russland, GUS, Mittel- und Osteuropa an.^[14] Nach Auffassung von Transparency International könnte Oettinger gegen den Verhaltenskodex für EU-Kommissare verstoßen haben, der vorsieht, dass Geschenke im Wert von mehr als 150 Euro veröffentlicht werden müssen.^[15] Der geldwerte Vorteil des Freiflugs werde im Öffentlichen Register der Geschenke an Kommissionsmitglieder jedoch nicht erwähnt.

2014: Verschlechterung der Kundenrechte bei der Telekommunikation

Kurz nach der Übernahme des Amts als "EU-Digitalkommissar" setzte sich Oettinger für eine deutliche Verlängerung der Kündigungsfristen bei DSL-Anschlüssen ein. Das Manager Magazin zeigte in einem Artikel, dass er damit den Lobbyeinflüssen großer Konzerne nachgegeben hat.^[16]

2013: Geschönter Bericht über Subventionen im EU-Energiemarkt

Nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hat EU-Kommissar Oettinger Angaben aus dem Entwurf eines Subventionsberichts streichen lassen, die seiner These widersprechen, erneuerbare Energien würden viel zu hoch gefördert. Die zuständigen Beamten kamen zu dem Ergebnis, dass nicht erneuerbare Energien das meiste Geld erhalten, sondern Kohle- und Gaskraftwerke sowie die Atombranche. Insgesamt bezuschussten die Regierungen der EU die Energiebranche mit mehr als 130 Mrd. Euro jährlich (ohne Haftpflichtversicherungen für Atommeiler). Davon gingen nur 30 Mrd. Euro an grüne Kraftwerke. Im finalen Bericht sind die Zahlen durchgestrichen. Oettingers Sprecherin erklärte, in keinem Dokument seien derlei Details aufgeführt, was nach Auffassung der SZ nicht zutrifft. Dieser liegen zwei Entwürfe vor - und zwar im Korrekturmodus, in dem die Änderungen rot markiert sind.

Quelle:^[17]

2012: Berücksichtigung der Interessen von VW bei der CO2-Politik

Im Oktober 2012 wurde bekannt, dass Oettinger sich in seinem Amt als EU-Energiekommissar für die Interessen des Autokonzerns **VW** engagierte. Laut ZEIT soll sich Oettinger auf Bitte des VW-Chefs Martin Winterkorn, gegen die Einführung einer festen CO2-Obergrenze ab dem Jahre 2020 eingesetzt haben. Der VW Chef hatte sich einige Tage vor der diesbezüglichen Verhandlung der EU-Kommission am 11. Juli 2012 an Oettinger gerichtet, um die Interessen VWs in den Beratungen zu wahren. Im Antwortschreiben Oettingers gibt der Energiekommissar an, das Anliegen Bitterkorns berücksichtigt zu haben.^[18] In dem Brief schreibt Oettinger, durch sein Engagement könnten "die Diskussion über unsere CO2-Politik für Pkws nach 2020 ergebnisoffen geführt werden".^[19] Auf diese Weise trug Oettinger maßgeblich zu einer Entschärfung der CO2-Richtlinien für Pkws auf europäischer Ebene bei.

2007: Stuttgart 21

Im öffentlichen Bahn-Verkehr einigten sich Oettinger, der damalige Bundesverkehrsminister **Wolfgang Tiefensee** und Bahnchef Hartmut Mehdorn am 19. Juli 2007 zu den Verhandlungen über die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm sowie über das Projekt **Stuttgart 21**.^[20]

Zitate

Für Kritik sorgte auch Oettingers Trauerrede beim Staatsakt im Freiburger Münster zum Begräbnis von Hans Filbinger am 11. April 2007. Oettinger bemerkte: "Anders als in einigen Nachrufen zu lesen, gilt es festzuhalten: Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil; er war ein Gegner des NS-Regimes". Oettinger weiter: "Es bleibt festzuhalten: Es gibt kein Urteil von Hans Filbinger, durch das ein Mensch sein Leben verloren hätte". Am 16. April erklärte Oettinger, dass er sich von seinen eigenen Äußerungen distanzieren.^[21]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Oettinger will Politikberater werden](#), Politik-kommunikation.de vom 09.08.2019, abgerufen am 17.08.2019
2. ↑ [Günther Oettinger nimmt mehrere Lobby-Jobs an](#), spiegel.de vom 29.11.2020
3. ↑ [Günther H. Oettinger](#), ec.europa.eu, abgerufen am 19.08.2019
4. ↑ [Spitzenreiter bei den Nachfolgebeschäftigungen von ehemaligen EU-Kommissaren](#), gruene-jork.de, abgerufen am 06.12.2020
5. ↑ [EU-Kommission genehmigt 13. Anschlußposten für Oettinger](#), wiwo.de vom 04.03.2021, abgerufen am 20.03.2021
6. ↑ [Jahresbericht 2020, S. 13](#) wirtschaftsrat.de, abgerufen am 04.02.2022
7. ↑ [Senat](#), ewif.de, abgerufen am 06.12.2020
8. ↑ [Was plant Christoph Gröner mit CG-Elementum](#), immobilien-aktuell-magazin.de vom 05.04.2022, abgerufen am 25.06.2023
9. ↑ ^{9,09,1} [Günther Oettinger: Kommissar der Konzerne](#) LobbyControl vom 5. Januar 2017, abgerufen am 08.01.2017
10. ↑ [Das Stuttgart 21-Kartell](#), kopfbahnhof-21.de, aufgerufen am 29.04.2014.
11. ↑ [Gut vernetzt: Alte Bande zwischen den Sparkassen und Oettingers](#), Stuttgarter Zeitung vom 30.05.2008, aufgerufen am 21. Oktober 2010.
12. ↑ [Oettinger flog gratis in „Mr. Russlands“ Privatjet](#), spiegel.de vom 16.11.2016, abgerufen am 17.11.2016
13. ↑ [Mister Russland der deutschen Wirtschaft](#), faz.net vom 07.02.2016
14. ↑ [Realisierung von Geschäfts- und Vertriebskooperationen sowie Businessprojekten zwischen Unternehmen in Mittel- und Osteuropa, Russland und GUS](#), iwconsult.com, abgerufen am 17.11.2016
15. ↑ [Oettinger flog gratis in „Mr. Russlands“ Privatjet](#), spiegel.de vom 16.11.2016, abgerufen am 17.11.2016
16. ↑ [Lobbyismus-Verdacht: Günther Oettinger, der aufgeschreckte Kommissar der Unternehmen](#), Manager Magazin, 19. November 2014, zuletzt aufgerufen am 19.11.2014
17. ↑ [Genios Presse-Archiv](#) Schön, schöner, geschönt EU-Kommissar Oettinger streicht Zahlen aus Subventionsbericht], Süddeutsche Zeitung vom 14. Oktober 2013, S. 1, abrufbar über [Genios Presse-Archiv](#)

18. ↑ [CO2-Grenze: Oettinger kümmert sich um VW Interessen](#), www.Zeit.de, aufgerufen am 26.10.12
19. ↑ [Oettinger, Freund der Autoindustrie](#), www.sueddeutsche.de, aufgerufen am 26.10.12
20. ↑ [Biografie](#), www.whoswho.de, aufgerufen am 13.10.2010.
21. ↑ [Biografie](#), homepage whoswho.de, aufgerufen am 29.04.2014.

European Energy Forum

Das **European Energy Forum** (EEF) ist eine sogenannte [Intergroup](#), eine informelle Gruppe von Abgeordneten des [Europäischen Parlaments](#) und europäischen Konzernen der Energiebranche. Dieser institutionalisierte Kontakt eröffnet der Energiewirtschaft die Möglichkeit, Abgeordnete in Schlüsselstellungen in ihrem Sinne zu beraten und dadurch die energiepolitischen Entscheidungen des Europäischen Parlaments zu beeinflussen. An den Veranstaltungen des EEF beteiligen sich regelmäßig auch Vertreter der EU-Kommission.

European Energy Forum



Rechtsfo	Non-profit Organisation unter Elsaß-
rm	Mosel-Recht und belgischem Recht
Tätigkeit	Einflussnahme auf die Energiepolitik
sbereich	des Europäischen Parlaments
Gründun	Anfang der 1980er Jahre
gsdatum	
Hauptsit	Avenue Ariane 7, 1200 Brüssel
z	
Lobbybü	
ro	
Lobbybü	European Energy Forum
ro EU	Square Plasky 92-94
Webadre	www.europeanenergyforum.eu
sse	

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	18
2 Organisationsstruktur und Personal	18
2.1 Active Members (EU-Parlamentarier)	19
2.2 Associate Members (Unternehmen und Verbände)	19
2.3 Team	20
3 Fallstudien und Kritik	20
3.1 2013 US Reise ins Herz der Atom- und Schiefergaslobby	20
3.2 2013 Palmöl-Reise mit Europaabgeordneten	20
3.3 Chichesters gesponsorte Reisen	21
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	21
5 Einzelnachweise	21

Lobbystrategien und Einfluss

Das EEF wird von den Herstellern und Nutzern fossiler Brennstoffe (Öl, Gas und Kohle) dazu genutzt, um Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes und die Förderung erneuerbarer Energie zu behindern. Zwar sind inzwischen auch Unternehmen und Verbände aus dem Bereich der erneuerbaren Energien - wie [SolarPower Europe](#) und [Wind Europe](#) - beigetreten, doch dominieren immer noch die Vertreter der konventionellen Industrie. Über das EEF verfügt die Energiewirtschaft über ein Forum, um sich direktes Gehör bei europäischen Abgeordneten und Vertretern der EU-Institutionen zu verschaffen. Hierzu werden Dinner-Debatten zur Erörterung verschiedener Aspekte des Energiesektors und Lunchtime-Diskussionen zum Verständnis praktisch-technischer Fragen organisiert. Gastgeber sind jeweils assoziierte Mitglieder, d. h. Unternehmen der Energiewirtschaft. So fand z.B. am 28. April 2015 eine EEF-Veranstaltung zum Thema „Oil and Gas: Geopolitics and beyond“ mit BP als Gastgeber statt, auf der als Hauptredner Emmanuel Haton (EU-Cheflobbyist von BP) und Paula Pinho (Leiterin der Arbeitsgruppe für die Koordinierung der Energiepolitik bei der EU-Kommission) auftraten.^[1] Eine ähnliche Veranstaltung mit Francois-Xavier Duprignon von EUROGAS sowie weiteren Vertretern der Gasbranche gab es am 22. November 2016 zum Thema „Gas and Renewables: the right combination for a sustainable future?“. ^[2] Auch die Kernkraftbetreiber haben zahlreiche Veranstaltungen des EEF organisiert und gesponsert.^[3] Hinzu kamen Briefings für Mitarbeiter von Parlamentariern. Außerdem wurden Betriebsbesichtigungen bei assoziierten Mitgliedern organisiert.^[4] Ein Beispiel für einen solchen Ausflug ist die Besichtigung der Schiefergas- und Nuklearanlagen in den USA auf Einladung der assoziierten Mitglieder Shell und Westinghouse im Jahr 2013.^[5] [FORATOM](#), der Dachverband der Atomwirtschaft, empfahl im Rahmen seiner Lobbytätigkeit Abgeordneten den Besuch der Veranstaltungen des EEF.^[6]

Gas hat an Bedeutung für die Lobbyarbeit gewonnen. So fand am 30. Januar 2020 in Brüssel ein Informationstag zum Thema „All you always wanted to know on gas“ statt, der vom EEF-Team und Mitgliedsverbänden für Mitglieder des Europäischen Parlaments und Politikberater veranstaltet wurde.^[7] Leiter der Veranstaltung war MdEP Jerzy Buzek, Präsident des EEF. Als Referenten wurden genannt: Lucie Boost und Caterina de Matheis von der International Association of Oil & Gas Producers (IOPG), Sara Piscor und Lois Wattine von [ENTSOG](#), Jean-Marie Gauthey von Gas Reseau Distribution France (GRDF), Samuel Maubanc von Liquid Gas Europe und Bartek Gurba von der Generaldirektion Energie der EU-Kommission.

Organisationsstruktur und Personal

Leitungsorgan ist der 10-köpfige "Board of Directors" (Präsident, Schatzmeisterin/Vizepräsidentin, 2 weitere Vizepräsidentinnen und 6 Direktor*innen), den die insgesamt 24 [Active Members](#) (EU-Parlamentarier) aus ihrer Mitte gewählt haben (Stand: 01/2023). Die große Mehrheit der "Active Members" gehört dem EU-Parlamentsausschusses [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie](#) (ITRE) an, der für die Ausgestaltung der EU-Energie- und Umweltpolitik von zentraler Bedeutung ist.^[8] Im "Industrial and Technical Advisory Committee" des EEF findet der Meinungsaustausch zwischen dem "Board of Directors" (EU-Parlamentarier), den "Associate Members" (Unternehmen und Verbände der Energiewirtschaft) und dem [Sekretariat](#) statt. Weitere Möglichkeiten der Kontaktpflege gibt es auf den Veranstaltungen des EEF. In die Aktivitäten des EEF werden auch hochrangige Mitarbeiter der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats eingebunden.

Active Members (EU-Parlamentarier)

Die insgesamt 24 [Active Members](#) sind Mitglieder des EU-Parlaments. Zu ihnen gehören

- EEF-Präsident [Jerzy Buzek](#), EPP/Polen, ehem. polnischer Ministerpräsident, Mitglied im [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie](#), Mitglied des "Governing Board" von [Knowledge4Innovation](#) und Mitglied der [European Internet Foundation](#)
- Daniel Caspary, EPP/CDU, Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel, Mitglied des [European Internet Forum](#) und des [Transatlantic Policy Network](#)
- [Angelika Niebler](#), EPP/CSU, Stellv. Parteivorsitzende der CSU, Mitglied im [Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie](#), u.a. Präsidentin des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#)

Quelle: ^[9] (Stand: 01/2023)

Associate Members (Unternehmen und Verbände)

Die Konzerne und Verbände der Energiewirtschaft sind als sog. "Associate members" dabei.

Mitglieder sind zum Beispiel:

Associate members
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW)
BP
European Chemical Industry Council (Cefic)
E.ON
European Network of Transmission System Operators for Gas (ENTSOG)
EDF
EURACOAL
ExxonMobil
FORATOM
Neste Oil
Shell Solar Power Europe
Statoil
Uniper
Wind Europe

Quelle: ^[10] (Stand: 02/2021)

Team

Generaldirektor:

- Pascale Verheust

Fallstudien und Kritik

2013 US Reise ins Herz der Atom- und Schiefergaslobby

Am 03.11.2013 veröffentlichte die französische Zeitung 'Le Nouvel Observateur' einen Bericht von **François Damerval**, dem Assistenten von MEP **Corrine Leplage**, welcher vom 27.-31. Oktober 2013 an einer Atom- und Schiefergasindustrie-freundlichen 'Bildungsreise' des EEF teilgenommen hatte. Auf dem Programm des US-Kurztrips standen ein Besuch bei einer Schiefergas Baugrube von **Shell** in Williamsport, Pennsylvania, sowie einer Nuklearzentrale in Charlotte, New York. Anschließend wurden die Abgeordneten zu einem Briefing im Weißen Haus geladen.

Damerval beschreibt den Trip als eine Meisterleistung in Sachen PR und bemerkt kritisch die terminliche Nähe zu den laufenden **TTIP** Verhandlungen, bei denen das Thema Energie eine äußerst kontroverse Rolle spielt.

Mit dabei waren die ungarische S&D Abgeordnete **Edit Herczog** mit AssistentIn, der luxemburgische S&D Abgeordnete **Rober Goebbels**, sowie Klimaskeptiker und ECR Abgeordneter **Roger Helmer** mit AssistentIn und PPE Abgeordnete **Ramona Jorden**. Alle sind die Mitglieder der **Itre Kommission** ('Industrie, Forschung und Energie') und bekannt als Befürworter von konventionellen Energien. Damerval bemerkt, dass die Abgeordneten keinesfalls zunächst von den Anliegen ihrer Gastgeber überzeugt werden mussten. Im Gegenteil: Sie haben die Gastgeber sogar gezielt nach Argument für die Schiefer- und Atomindustrie gefragt, so Demerval.^[11]

2013 Palmöl-Reise mit Europaabgeordneten

Nach einem Bericht des "Freitag" hat das EEF zusammen mit einem der größten europäischen Palmölimporteure **Neste Oil** eine Reise vom 01.-04.05.2013 nach Singapur und Malaysia für 5 Europaabgeordnete und 3 MitarbeiterInnen organisiert.

Ein Reiseteilnehmer war **Alejo Vidal-Quadras**, Vizepräsident vom Europaparlament und gleichzeitig vom EEF. Er sitzt im **Industrieausschuss ITRE** des Europäischen Parlaments und verfasst dort als Berichterstatter die Empfehlungen zur Agrotreibstoff-Förderung.

Weitere Teilnehmerin war **Christa Kläß** (CDU, EEF-Mitglied). Sie sitzt als Schattenberichterstatterin zur Kraftstoffqualitäts-Richtlinie im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments.

Weiter dabei waren: **Giles Chichester** (ECR, Präsident EEF), **Cristian Silviu Buşoi** (ALDE, EEF-Mitglied) und **Roger Helmer** (ECR, EEF-Mitglied).

Außerdem nahmen 4 Vertreter von Neste Oil und 2 vom EEF teil.

Im Europaparlament entschied der Industrieausschuss ITRE am 27.06.2013 über die künftige Förderung von Agrotreibstoff, im Juli 2013 stimmte der Umweltausschuss ab. Die EU-Kommission will die Förderbedingungen verschärfen.

Offiziell wurde die Reise als „fact-finding mission“ für Abgeordnete beworben. Die Politiker sollten sehen, wie nachhaltig das Palmöl produziert wird. Dabei wurde das Programm von der Industrie bestimmt. Die Teilnehmer besichtigten die weltgrößte Biodieselfabrik in Singapur und mehrere Palmölplantagen in Malaysia. An einem Abend gab es eine Diskussion, veranstaltet vom Malaysian Palm Oil Board, einer Regierungsbehörde zur Förderung der Palmölindustrie. Am letzten Tag wurde 1,5 Stunden mit Vertretern

lokaler Umweltorganisationen diskutiert. Dabei waren nur noch Vidal-Quadras und Christa Kläß. Bei der Reise mussten die Abgeordneten den Hin- und Rückflug zahlen, wie aus der Einladung hervorgeht. Der Flug von Singapur nach Malaysia beispielsweise wurde von Neste Oil übernommen. Christa Kläß erklärt auf Anfrage, sie habe alle Flüge sowie die Hotelrechnungen selbst bezahlt.

Quelle: ^[12]

Chichesters gesponsorte Reisen

Der englische Abgeordnete des Europäischen Parlaments **Giles Chichester**, damaliger Präsident des EEF, ließ sich, zusammen mit anderen in der Intergroup aktiven EU-Abgeordneten, auf eine Exkursion in die Barentssee durch den norwegischen Ölkonzern **Statoil** einladen - diese wurde von Statoil finanziert. Statoil bezweckte mit dieser Fahrt, den Abgeordneten die Sicherheit und Unbedenklichkeit von Ölbohrinseln in empfindlichen Ökosystemen zu demonstrieren. Weiterhin ließ sich Chichester durch den Atomenergiekonzern **Areva** eine Reise nach Valencia, inklusive des Besuchs einer Etappe des America's Cup, bezahlen. Bemerkenswert ist, dass Chichester stets politische Positionen vertritt, welche im Interesse jener großen Energiekonzerne sind, welche das EEF dominieren. ^[13]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Oil and Gas: Geopolitics of Europe and beyond](#), europeanenergyforum.eu, abgerufen am 28.12.2016
2. ↑ [Gas and Renewables: the right combination for a sustainable future?](#), europeanenergyforum.eu, abgerufen am 28.12.2016
3. ↑ [European Energy Forum](#), in: [Lobbying under the radar - MEP-industry forums. Appendix: a survey of European Parliament MEP-industry forums](#). Corporate Europe Observatory 24 May 2011
4. ↑ [Mission](#), Webseite EEF, abgerufen am 23.04.2014
5. ↑ [Events: EEF delegation visit to the US on shale gas and nuclear energy](#), Webseite EEF, abgerufen am 16. 12. 2013
6. ↑ [Annual Report 2012, Networking and lobbying](#), Webseite foratom, abgerufen am 13. 12. 2012
7. ↑ [All you always wanted to know on gas](#), Annual Report 2020, S. 29, abgerufen am 05.04.2021
8. ↑ [ITRE Industrie Forschung und Industrie Mitglieder](#), Webseite Europäisches Parlament, abgerufen am 03.03.2021
9. ↑ [Active Members](#), europeanenergyforum.eu, abgerufen am 22..01.2023
10. ↑ [Associate Members](#) Webseite EEF, abgerufen am 03.03.2021
11. ↑ [Reise ins Herz der Atom- und Schiefergaslobby](#) Le Nouvel Obserateur vom 03.11.2013, abgerufen am 10.12.2013
12. ↑ [Klassenausflug mit der Industrie](#) Der Freitag vom 18.06.2013, abgerufen am 04.09.2013
13. ↑ [Conflicts of Interests in the EU](#), corporateeurope.org vom 25.06.2008, abgerufen am 08.08.2012

BusinessEurope

BusinessEurope ist der Dachverband europäischer Industrie- und Arbeitgeberverbände mit Sitz in Brüssel. 2021 hatte er 40 Mitgliedsverbände aus 35 europäischen Ländern. Deutsche Mitglieder sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA). In der EU zählt der Verband zu den größten und einflussreichsten Lobbyorganisationen mit besten Kontakten zur EU-Kommission, dem EU-Parlament, dem Europäischen Rat und den Mitgliedstaaten. Für das Geschäftsjahr 2021 gab BusinessEurope an, sich 402 mal mit Mitgliedern der Europäischen Kommission getroffen zu haben ^[1], womit der Verband nach Angaben von [lobbyfacts.eu](#) den ersten Platz unter den gelisteten Organisationen belegte. Der große Einfluss, den BusinessEurope in den [Arbeitsgruppen des Europäischen Rats](#), hat, ist von Corporate Europe eingehend untersucht worden.^[2] Von besonderer Bedeutung ist danach die Mitwirkung in der [Working Party on Competitiveness and Growth](#).

BusinessEurope betreibt intensive Lobbyarbeit, unter anderem bei der Aufweichung konkreter EU Klimaziele. Die Denkfabrik Influence Map kommt in einer Bewertung der Lobbyaktivitäten zur EU-Klimapolitik zu folgendem Ergebnis: BusinessEurope hat die Klimapolitik-Bestrebungen der EU seit 2015 überwiegend abgelehnt und scheint - trotz einer zunehmend positiven Kommunikation des „energy mix“ 2020-21 - weiterhin gegen verschiedene Aspekte der anspruchsvolleren Klimapolitik zu lobbyieren, die als „EU Green Deal“ und „Fit for 55 package“ vorgeschlagen wird.^[3] Ein weiterer Schwerpunkt der Lobbyaktivitäten besteht in der Durchsetzung regulatorischer Kooperation in der Handelspolitik.

BusinessEurope	
Rechtsform	internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht (a.i.s.b.l.)
Tätigkeitsbereich	Interessenvertretung der europäischen Wirtschaft
Gründungsdatum	März 1958, 2007 umbenannt in BusinessEurope, the confederation of European business
Hauptsitz	Av. de Cortenberg 168, 1000 Brüssel
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	businesseurope.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	23
2 Lobbystrategien und Einfluss	23
2.1 Lobbyisten	24
2.2 EU-Expertengruppen	24
2.3 Seitenwechsel	24
2.4 European Business Summit	24
2.5 BusinessEurope Day	25
3 Fallstudien und Kritik	25
3.1 2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz	25
3.2 2013-2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA	26
3.3 2012-2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	27
3.4 2010-2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik	28
3.5 2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister	29
3.6 2009-2018: Better Regulation	29
4 Organisationsstruktur und Personal	30
4.1 Verbindungen	30

5 Finanzen	31
6 Geschichte	31
7 Weiterführende Informationen	31
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	31
9 Einzelnachweise	31

Aktivitäten

Laut Selbstdarstellung repräsentiert BusinessEurope in Brüssel die politischen Interessen von 20 Millionen Mitgliedsunternehmen aus 35 Staaten. Als Hauptaufgabe versteht BusinessEurope die Verteidigung dieser Interessen gegenüber den europäischen Institutionen, und als Hauptziel die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen im internationalen Vergleich.^[4] Dies soll vor allem durch eine wirtschaftsfreundliche Gesetzgebung in den Bereichen Arbeit und Soziales sowie Umwelt und Klima erfolgen. Auch die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer sind von zentraler Bedeutung. Übergeordnetes Ziel der Arbeit von BusinessEurope ist ein beständiges ökonomisches Wachstum innerhalb der EU.

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

BusinessEurope pflegt auf höchster Ebene Kontakte zu Institutionen, die in der EU an der Ausarbeitung, Verabschiedung und Umsetzung von Gesetzen, Richtlinien, und anderen Regularien beteiligt sind, insbesondere zur EU-Kommission.^[5] Während des Gesetzgebungsprozesses nehmen LobbyistInnen von BusinessEurope sowohl auf die strategische Ausrichtung als auch auf die konkrete Ausgestaltung durch persönliche Treffen und Policy Papers Einfluss. Weil letztere in regelmäßigen Abständen in sehr ähnlich klingende, offizielle EU-Positionen münden, gilt Business Europe als eine der einflussreichsten Lobbyorganisationen in Brüssel^[6]

Ein 2018 geleaktes internes Dokument von BusinessEurope zeigt, mit welchen fragwürdigen Methoden der Verband gegen eine Verschärfung der Klimaziele der EU vorgehen wollte.^[7] Option 1: Positives Verhalten, so lange das Vorhaben keinerlei Auswirkungen auf die Industrie hat. Option 2: Man könne sich gegen den Vorschlag stellen, „unter Gebrauch der üblichen Argumente eines globalen Spielfelds, wir können nicht für andere kompensieren etc.“ Option 3: „challenge the process“: Die Industrie könnte den Prozess infrage stellen, etwa indem sie anzweifelt, dass die Klimaziele fair und transparent berechnet wurden. Oder sie könnte fragen, ob die Folgen ausreichend abgeschätzt wurden oder neue Risiken drohen.

Lobbyisten

Im [Transparenzregister EU](#) hat BusinessEurope 30 Vollzeit-Lobbyisten registriert, von denen 25 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des [EU-Parlaments](#) akkreditiert sind.^[8] (Stand: Juli 2023)

EU-Expertengruppen

BusinessEurope gehört 39 [Expertengruppen der EU-Kommission](#) an. Unter anderem ist der Dachverband in der "Commission's Expert Group on Sustainable Consumption and Production" und der "Consumer Policy Advisory Group" vertreten.^[8]

Seitenwechsel

- [Marten Westrup](#) arbeitete bis September 2010 für die *Generaldirektion Unternehmen und Industrie* in der [EU-Kommission](#) und nahm anschließend einen Beraterjob bei BusinessEurope an, um den Arbeitgeberverband in Klimafragen zu beraten. 2011 wechselte er zurück in die EU-Kommission zur *Generaldirektion Energie*. Die Kommission erteilte für diesen Wechsel eine Ausnahmegenehmigung.
- [Eoin O'Malley](#) arbeitete vier Jahre lang als "Senior Advisor on International Relations" für BusinessEurope. Im Juni 2010 wechselte er zur EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und später zur EU-Generaldirektion Handel, wo er Teil des Strategie-Teams ist. Die Kommission weigerte sich erarbeitete Dokumente oder Reden von O'Malley zu veröffentlichen. Nach einer Konferenz im März 2015 zu den Auswirkungen von TTIP auf Malta wurde er auf Twitter zitiert: "Die EU-Kommission braucht Input und Teilnahme der Unternehmen in der Debatte. Die Menschen müssen wissen, was die ökonomischen Vorteile sind." (Übersetzung des Verfassers)^[9]

European Business Summit

[European Business Summit](#) (EBS) ist eine Organisation, die Konferenzen ausrichtet, bei denen UnternehmensvertreterInnen auf hochrangige EU-Politiker treffen. Hauptveranstaltung ist das gleichnamige, jährlich stattfindende Gipfeltreffen. BusinessEurope und die [Federation of Enterprises in Belgium](#) (FEB) sind die Initiatoren. Die Veranstaltung steht außerdem unter der Schirmherrschaft des belgischen Königs.^[10] Zu den SprecherInnen im Jahre 2018 gehörten beispielsweise Frans Timmermans (Kommissionsvizepräsident) und Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) sowie zahlreiche VertreterInnen von Unternehmen (u.a. Coca-Cola, Statoil, BASF) und Verbänden (u.a. BusinessEurope selbst, FuelsEurope, [European Chemical Industry Council](#)). Der European Business Summit vermittelt zwar das Bild eines Kongresses, in dem sich zwei Welten begegnen - Politik und Wirtschaft. In der Realität sind die Beziehungen zwischen den Akteuren allerdings weitaus verschwommener. Häufig sind die UnternehmensvertreterInnen schon zuvor als politische Einflussnehmer in Erscheinung getreten^[11]. Neben dem Jahrestreffen organisiert EBS noch weitere spezifische Netzwerkveranstaltungen, bei denen EU- und RegierungsvertreterInnen auf IndustrievertreterInnen treffen - so zum Beispiel der European Defence Industry Summit, eine Konferenz zur Rüstungsindustrie oder Think Digital, eine Plattform zum digitalen Binnenmarkt. Dazu kommt die ebenfalls jährliche, exklusive Nachfolgeveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum Back From Davos^[12].

BusinessEurope Day

Der **BusinessEurope Day** findet seit 2014 jährlich statt. Das selbsterklärte Ziel besteht darin, eine ausgesuchte Gruppe an Führungspersonen aus Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern zusammenzubringen, um über bestimmte, die Wirtschaft betreffende Politikfelder zu diskutieren. 2014 stand die Frage nach der Bedeutung der Industrie in Fokus, 2015 der neue Investitionsplan der EU, 2016 die Leistungsfähigkeit Europas, 2018 die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft. Am 5. März 2020 fand der BusinessEurope Day zum fünften Mal statt mit dem Themenschwerpunkt "Prosperity, People, Planet". Zu den Sprechern aus der Politik gehörten unter anderem:

- Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission
- Valdis Dombrovskis, Geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für Handel
- Maros Sefcovic, Vizepräsident der EU-Kommission EU-Kommissar für Interinstitutionelle Beziehungen und Vorausschau
- Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt
- Paolo Gentiloni, EU-Kommissar für Wirtschaft
- Kadrid Simson, EU-Kommissarin für Energie
- Dita Charanzova, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments^[13]

Fallstudien und Kritik

2021-2022: Lobbying gegen ein europäisches Lieferkettengesetz

Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte BusinessEurope vielschichtige Lobbyarbeit gegen weitreichende gesetzliche Maßnahmen betrieben. Wie der Bericht „Fein Raus“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe und der European Coalition for Corporate Justice zeigt, war BusinessEurope von Beginn an ein prominenter Gegner des Lieferkettengesetzes.^[14]

Ihre ablehnende Haltung machten sie in Schreiben an für das Gesetz zentrale europäische Institutionen und Personen, aber auch in direkten Treffen mit Politiker:innen deutlich. In einem Treffen mit der zuständigen Generaldirektion für Justiz forderte der Verband z.B. dass die Anforderungen an eine Erfüllung der Sorgfaltspflicht *„auf die Mittel beschränkt sein und sich nicht auf die Resultate erstrecken sollten“*^[14] Das bedeutete, die Unternehmen sollten lediglich auf einen Prozess der Sorgfaltsprüfung verpflichtet werden, unabhängig davon ob dadurch schädliche Folgen verhindert würden. Dieses Vorhaben wurde von Menschenrechtsorganisationen klar zurückgewiesen.^[14] Knapp vor der Abstimmung des Berichtsentwurfs im Europäischen Parlament schrieb der Verband an den zuständigen Rechtsausschuss, dass die geplanten Maßnahmen *„haltlosen Vorwürfen und missbräuchlichen Klagen Tür und Tor öffnen“* würden.^[15]

Anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft 2021 schrieb der BusinessEurope wiederum an den französischen Präsidenten **Macron**. Der Verband forderte Macron auf, die Führungsrolle Frankreichs im Rat der europäischen Union zu nutzen, um unternehmerfreundliche Politik zu machen. Im Kontext des geplanten Lieferkettengesetzes, bedeutete dies weniger strenge Regularien festzulegen.^[16]

Ein Jahr später, kurz vor der Veröffentlichung des Gesetzesaufschlags der Europäischen Kommission zu einem Lieferkettengesetz (Ende Februar 2022) hatte sich der Verband in einem direkten Brief an Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** gewandt. In diesem Schreiben forderte er einen Ansatz, der weniger weitreichend als die zuvor vom Europäischen Parlament geforderten Maßnahmen ginge. So warnte der Verband, dass zu strenge Regularien überbordende Aufgaben an Unternehmen stellen würden und somit den Wirtschaftsstandort Europa gefährden würden.^[17]

Laut dem Bericht „Fein Raus“ habe es weitere Schreiben dieser Art, oft kurz vor kritischen Entscheidungen gegeben, z.B. an den zuständigen Kommissar Reynders oder die Vizepräsidentin der EU-Kommission Jourová. Der Verband setzte also an zentralen Schlüsselstellen des Gesetzes an, um gezielte Botschaften zu senden. Die dabei verwendeten Narrative stellten das Gesetz stets in ein wirtschaftsfeindliches und nicht zielführendes Licht.^[14]

Wie ein weiterer Bericht von Corporate Europe Observatory (CEO), Friends of the Earth Europe (FoEE) und dem BUND mit dem Titel „Inside Job“^[18] zeigt, hatte auch der Dänische Industrieverband auf BusinessEurope gesetzt um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Insbesondere als Bestrebungen die damals noch zuständige Generaldirektion Justiz zu beeinflussen, zu scheitern drohten, bemühte man sich *„Leute in der Kommission zu aktivieren, die auf dem Gebiet der ‚Besseren Rechtssetzung‘ arbeiten,‘ vorzugsweise über BusinessEurope, da dies ‚ein stärkeres Signal aussenden würde‘“*.³ Das Gremium zu „besseren Rechtssetzung“, meint dabei das **Regulatory Scrutiny Board (RSB)**, welches daraufhin zwei Gesetzesvorschläge der Kommission blockiert hatte und somit für eine Verzögerung und *„Verwässerung“*^[18] des Gesetzes gesorgt hätte. Das RSB gilt als industrienah und steht den inhaltlichen Forderungen von Business Europe nahe: Seit Gründung des Ausschusses 2015 hatte sich der Vorstand des RSB 23 mal mit Interessensvertretern zur Beratung getroffen, *„90 Prozent der Treffen entfielen [...] auf Wirtschaftsinteressen und diese unterstützende Denkfabriken, darunter drei Treffen mit BusinessEurope“*.^[18]

2013–2018: Lobbying für das Freihandelsabkommen JEFTA

Das bilaterale Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan – Japan-EU Free Trade Agreement (**JEFTA**) – wurde am 06.07.2018 vom Rat der EU ratifiziert, nachdem die Verhandlungspartner im Vorjahr eine Grundeinigung erzielt hatten. Aus einer Recherche der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory (CEO) geht hervor, dass BusinessEurope diejenige Konzernlobbygruppe ist, die zwischen 2014 und 2017 am häufigsten Kontakt mit der Generaldirektion Handel bezüglich JEFTA hatte^[19]

Bereits 2013 hatte BusinessEurope in einem offenen Brief an den damaligen Präsidenten der EU Kommission **José Manuel Barroso** große Bereitschaft signalisiert, der EU-Kommission während allen Verhandlungsphasen „detaillierten Input“ zu bieten, um jegliche Barrieren in den Handelsbeziehungen mit Japan beseitigen zu können.^[20] BusinessEurope setzte sich vor allem für eine Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse im Rahmen von JEFTA ein. In einem Statement, das sie gemeinsam mit dem Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen Keidanren 2016 veröffentlichten forderten beide Verbände, dass nicht-tarifäre Handelshemmnisse und deren Abschaffung durch **regulatorische Kooperation** ein zentrales Thema bleiben müssen.^[21]

In der Praxis brachte BusinessEurope bereits Unternehmensverbände beider Seiten zusammen: Seit 2012 organisiert BusinessEurope gemeinsam mit Keidanren sogenannte Sector-to-Sector Meetings entlang der JEFTA-Verhandlungen. Teilnehmer sind europäische und japanische Industrieverbände, zu den regelmäßigen Teilnehmern gehören die Automobilverbände JAMA und **ACEA**^[22]. Beim sechsten Treffen am 13. Juni 2017

waren Vertreter aus dem Automobil-, Chemie-, Eisenbahn- und Digitalsektor vor Ort, außerdem der EU-Kommissar Antti Peltomäki (Generaldirektor des Fachbereichs Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) sowie Kazuo Kodama, der Botschafter der japanischen Vertretung bei der EU ^[23]. Ziel der Veranstaltungen ist vor allem der Austausch über nichttarifäre Maßnahmen und regulatorische Kooperation im Kontext der JEFTA-Verhandlungen ^[24]. In einer gemeinsamen Veröffentlichung bekräftigten die Teilnehmer die Forderung nach regulatorischer Kooperation erneut.

Während BusinessEurope die regulatorische Kooperation, also die gegenseitige Anpassung von Gesetzen und Standards, als einen Mechanismus zur Harmonisierung der Handelsbeziehungen beschreibt, bringt jene jedoch auch erhebliche Nachteile mit sich. Wie schon bei TTIP ist bedenklich, dass die **regulatorische Kooperation** es ermöglicht, voneinander abweichende Standards auf das Niveau des jeweils niedrigeren anzugleichen. Standards zu Verbraucher- und Umweltschutz können somit gesenkt werden, indem sie als „Handelshemmnisse“ dargestellt werden. Ferner ist regulatorische Kooperation problematisch, da sie Unternehmen über internationale Beratergremien einen erheblichen Einfluss auf Formulierung und Änderung von Gesetzen einräumt. ^[25]

2012–2018: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Einer Auswertung der von CEO zufolge hatte BusinessEurope (gemeinsam mit dem [European Services Forum](#)) von allen Lobbyorganisationen den meisten Kontakt mit der EU-Generaldirektion Handel zum Thema TTIP. In den ersten 2 Jahren der Vorbereitungen und Verhandlungen zum Abkommen nahm BusinessEurope an 15 Treffen teil. ^[26]

Ende 2013 wurde ein Papier der [EU-Kommission](#) zu regulatorischer Kooperation geleakt. Durch das Prinzip der regulatorischen Kooperation sollen Handelshemmnisse zwischen den Vertragspartnern nach Abschluss des Abkommens abgebaut und somit eine Angleichung der Standards ermöglicht werden. Kritisch ist dies, da die amerikanischen bzw. kanadischen Standards in vielen Punkten stark von den europäischen abweichen. Besonders im Bereich des Umweltschutzes, der Chemikalienzulassung oder der Fahrzeugsicherheit sind sie sogar deutlich niedriger und deshalb kostengünstiger für Konzerne. Zentral bei der regulatorischen Kooperation ist hierbei die Einführung von Prozessen, die Unternehmen und US-Regierung früh und vor den Parlamenten in die Gesetzgebung einbinden soll. Sie erhalten dadurch eine enorme Gestaltungsmacht. Aus diesem Grund bezeichnet die [US-Handelskammer](#), die amerikanische Arbeitgeber-Lobby, die regulatorische Kooperation als "Geschenk, das immer weiter schenkt" (Übersetzung des Verfassers). ^[27]

BusinessEurope forderte bereits im Herbst 2012 eine „formale und vorrangige Beraterrolle“ für Unternehmen ein. Vertraglich muss die EU-Kommission einen ausgewogenen Dialog mit verschiedenen Interessenvertretern führen. Dennoch stellte sie klar, dass eine Beraterrolle und somit eine Institutionalisierung des privilegierten Zugangs zu Gesetzgebungsprozessen in einer branchenspezifischen regulatorischen Kooperation möglich sei. Die branchenspezifische regulatorische Kooperation bezieht sich auf 9 Industriesektoren; unter anderem geht es hierbei um die Regulierung von Arzneimitteln, Chemikalien und Pestiziden. Dazu wurden bisher keine Vertragsentwürfe veröffentlicht, sodass der Einfluss von Unternehmen auf diese stark zu vermuten, jedoch nicht überprüfbar ist. ^[28]

Vergleicht man die Vorschläge der beiden Arbeitgeberverbände BusinessEurope und der [US-Handelskammer](#) aus den Jahren 2012 ^[29] und 2014 ^[30] mit den Verhandlungspositionen der EU-Kommission im Jahr 2016 ^[31] erkennt man eine erstaunliche Ähnlichkeit. Obgleich sie nicht explizit zeigen, dass die Arbeitgeber-Lobbys TTIP mitschrieben, beinhalten die vorgeschlagenen Alternativen der EU-Kommission Formulierungen, die eben jene Ziele der Verbände letztendlich doch ermöglichen könnten.

Im November 2015 wurde bekannt, dass die EU-Kommission der Erdöllobby besonders guten Zugang zu den Verhandlungen zu TTIP verschaffte. Vertreter von BusinessEurope trafen mit US-Verhandlern aus dem Außen- und Energieministerium zusammen, um über das Energiekapitel des Abkommens zu beraten.^[32]

Am 11. Juli 2016 veröffentlichte BusinessEurope unter anderen gemeinsam mit [AmCham EU](#), [European Services Forum](#) und [Trans-Atlantic Business Council](#), der sogenannten "Business Alliance for TTIP", ein Statement, in welchem die hohen Erwartungen an die 14. Verhandlungsrunde zu TTIP betont werden. Die Allianz übte Druck aus, um vor dem Ende der Obama-Administration einem Abschluss des TTIP-Abkommens näherzukommen. Es brauche "konstruktive und kreative Ansätze" und einen "substanziellen Fortschritt" in den Verhandlungen.^[33]

Nachdem die TTIP-Verhandlungen ab Januar 2017 auf Eis lagen, gab die Europäische Kommission am 11. September 2018 eine Wiederaufnahme der Handelsgespräche mit den USA bekannt.^[34] Da große Differenzen in Bereichen wie der Automobil- und der Agrarindustrie zunehmend deutlich wurden, gaben die Handlungspartner bei diesem Anlauf zunächst an, sich auf die Einigungen in weniger bedeutsamen Bereichen zu fokussieren. Luisa Santos, Leiterin der Abteilung für internationale Beziehungen bei BusinessEurope, hieß diese Verhandlungsstrategie grundsätzlich gut, da sie ein „positives Ergebnis in einer relativ kurzen Zeitspanne“ ermögliche. Sie betonte allerdings auch, dass Unternehmen ein ambitionierteres Abkommen begrüßen würden.^[35] Regulierungsbehörden beider Seiten sollen folglich dazu bewegt werden, ins Gespräch zu kommen, „um zu sehen, ob es Bereiche gibt, in denen wir die Regulierungen verbessern können“.^[36] Im November 2018 wurde allerdings durch den Leak eines Dokuments öffentlich, dass die Automobil- und Agrarindustrie sehr wohl Teil dieser Gespräche waren^[37]

2010–2018: Lobbying zur Verhinderung effektiver Klimapolitik

Für die aktive und aggressive Rolle, die Mitarbeiter von BusinessEurope bei der Verwässerung der EU-Klimaziele spielten, wurde der mächtige Arbeitgeberverband im Jahr 2010 in der Kategorie Worst Climate Lobbying für die **Worst EU Lobbying Awards** nominiert. Offiziell unterstützte BusinessEurope damals die Notwendigkeit, den vom Menschen verursachten Klimawandel zu stoppen. Tatsächlich jedoch wurden bestehende EU-Pläne zur Verminderung von CO₂-Emissionen aktiv untergraben. Während die Industrilobbyisten vorgaben, im Interesse aller europäischen Unternehmen zu handeln, haben sie tatsächlich in erster Linie für die energieintensivsten Unternehmen der Öl-, Stahl- und Chemieindustrie Lobbyarbeit betrieben – und letztendlich eine effektive Klimapolitik auf EU-Level verhindert.^[38] Im Laufe der Jahre geriet BusinessEurope immer wieder für seine klimapolitische Position in die Kritik. Als der Konsumgüterkonzern Unilever 2014 seine Mitgliedschaft bei BusinessEurope beendete, nachdem der Verband im Vorjahr die EU-Kommission dazu aufgerufen hatte, sich in den Jahren nach 2020 auf lediglich ein umweltpolitisches Ziel im Energiebereich zu beschränken.^[39], wurde die Annahme laut, dass BusinessEurope mit seiner umweltpolitischen Ausrichtung auch verbandsintern auf Ablehnung gestoßen war^[40] 2015 forderten Investoren Firmen sogar dazu auf, aus „klimaunfreundlichen EU-Lobbygruppen“ auszutreten, BusinessEurope wurde als Beispiel für eine solche Lobbygruppe angeführt.^[41] Anhand eines internen Dokuments von BusinessEurope, das im September 2018 geleakt wurde, zeigt sich deutlich, dass der Verband noch immer aktive Lobbyarbeit gegen die EU-Klimaziele betreibt. In diesem Papier vom 13. September 2018 schlägt BusinessEurope seinen Mitgliedern verschiedene Strategien vor, um eine von der EU-Kommission angedachte Verschärfung der Klimaziele zu verhindern.^[42] Das Dokument wurde von verschiedenen Medien und Nichtregierungsorganisationen scharf kritisiert, so sagte zum Beispiel Stefan Krug, Leiter der Politischen Vertretung von Greenpeace: „Business Europe sabotiert selbst den zaghaftesten Versuch der EU, ihren Rückstand beim Klimaschutz aufzuholen.“^[43]

2016: BusinessEurope's Kampf gegen das Transparenzregister

Nach der Einführung des gemeinsamen **Europäischen Transparenzregisters** von Parlament und Kommission 2011, trat im Januar 2015 eine überarbeitete Fassung in Kraft. In der ersten Jahreshälfte 2016 wurde zur Verbesserung des bestehenden Lobbyregisters ein Konsultationsprozess eingeleitet, in dem Organisationen und selbstständige Einzelpersonen Ideen und Verbesserungsvorschläge einbringen könnten. Am 28.09.2016 stellte Frans Timmermans, damals Vizepräsident der Kommission, einen Vorschlag für ein neues Transparenzregister vor ^[44]. In der Folge konnte ein erster Teilerfolg schon im Dezember desselben Jahres errungen werden: Das EU-Parlament stimmte für die *no registration, no meeting* - Regel, die besagt, dass nur registrierte Lobbyisten sich mit Kommissaren und Kommissarinnen treffen können.

BusinessEurope vertrat gegenüber dem neuen Transparenzregister von 2016 eine skeptische Haltung. In einem Brief an Frans Timmermans vom 06.12.2016, der durch eine Anfrage unter dem Informationsfreiheitsgesetz ans Licht kam, stellt BusinessEurope's Generaldirektor Beyrer insgesamt zehn Forderungen ^[45]. Beyrer positioniert sich klar gegen die *no registration, no meeting* Regel und gegen ein rechtlich bindendes Lobbyregister. Darüber hinaus kritisiert er den Vorschlag, dass Non-Profit-Organisationen (wie BusinessEurope selbst) ihre Hauptgeldgeber offen legen sollen. ^[46].

2009–2018: Better Regulation

Im Rahmen der „Better Regulation“ - zu Deutsch: bessere Rechtssetzung - strebt die EU-Kommission nach eigener Aussage eine gezielte Regulierung aller Policy-Bereiche an, „die nicht weiter geht, als nötig, um Ziele zu erreichen und Vorteile bei minimalen Kosten zu erzielen“. ^[47] So initiiert die aktuelle EU-Kommission nur noch 25 neue Gesetze jährlich, bei der Vorgängerkommission waren es noch 150. ^[48]

Anhand offizieller Stellungnahmen, Pressestatements und offener Briefe lässt sich nachvollziehen, dass BusinessEurope sich seit 2009 aktiv für die „Better Regulation“ einsetzt, welche sie als unabdingbar für eine international wettbewerbsfähige EU bezeichnet. Die Argumentation: Durch eine „clevere“ Gesetzgebung würden Investoren angelockt und das Wachstum somit gefördert. ^[49] KritikerInnen hingegen betonen, dass die Mehrheit der EU-Gesetze Bürgerrechte und Umwelt schütze. Sie äußerten vermehrt die Befürchtung, dass die Europäische Kommission im Rahmen der „Better Regulation“-Agenda das Allgemeinwohl hinter die Interessen von Unternehmen zurückstellen könnte. ^{[50][51]}

Wie also funktioniert die „bessere Rechtssetzung“? Mit dem Ziel, bürokratischen Aufwand zu vermeiden, wurden zwei neue ExpertInnengremien geschaffen. In diesen werden neue Gesetze auf ihre „bürokratische Last“ geprüft. In der Theorie können über die REFIT Plattform sowohl zivilgesellschaftliche als auch privatwirtschaftliche Akteure über die Umsetzbarkeit von Gesetzen urteilen. In der Praxis aber werden in den Folgenabschätzungen vor allem die quantitativen Kosten für Unternehmen beurteilt, denn die privatwirtschaftlichen Akteure können sich deutlich offensiver an der Beurteilung beteiligen. Auch ein Vertreter von BusinessEurope sitzt im REFIT-Gremium ^[52]. Erschwerend kommt hinzu, dass mit der neuen Agenda der besseren Rechtssetzung Lobbyverbände bereits im Vorfeld zu neuen Gesetzgebungsprozessen Vorschläge zur Minimierung kostenintensiver Regulationen einreichen können, die Parlament und Rat gleichermaßen berücksichtigen sollen. Lobbyisten werden also frühzeitig über neue Gesetzesvorhaben informiert und können so leichter Kampagnen in ihrem Sinne durchführen. Der neu eingerichtete Ausschuss für Regulierungskontrolle, RSB, hat sogar noch größere Eingriffsmöglichkeiten: Das Parlament muss im Zuge der Better Regulation zu jedem Gesetzesentwurf eine Folgenabschätzung durchführen und vom RSB genehmigen lassen, einem Gremium, das keiner demokratischen Kontrolle unterliegt. Diese besondere

Rücksichtnahme auf etwaige Kosten für Privatunternehmen erhält, so KritikerInnen, damit einen unverhältnismäßig hohen Stellenwert und gibt Lobbyisten die Möglichkeit, unliebsame Kosten - zum Beispiel für Umweltschutzmaßnahmen - zu vermeiden. Denn: Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutz sind nicht explizit als Kostenfaktoren ausgenommen.^[53] Während die EU-Kommission diese Agenda als Maßnahme darstellt, um Gesetzgebung offener und transparenter zu gestalten,^[54] kommen die neuen Regelungen vor allem etablierten Wirtschaftslobbyisten wie BusinessEurope zu Gute.

Organisationsstruktur und Personal

BusinessEurope gehören 40 Mitgliedsverbände aus 35 Ländern an. Mitgliedsverbände aus Deutschland sind der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) und die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#). Präsident von BusinessEurope ist [Fredrik Persson](#), welcher zuvor Präsident des [Confederation of Swedish Enterprise](#) war, das ebenfalls Mitglied von BusinessEurope ist. Generaldirektor ist [Markus J. Beyrer](#), ehemaliger Generalsekretär der Vereinigung der Österreichischen Industrie (IV).^[8] (Stand: Juli 2023). Die Gesamtzahl der Beschäftigten liegt bei knapp 50.^[55]

BusinessEurope hat 7 politische Ausschüsse mit insgesamt 60 Arbeitsgruppen gebildet, deren Aufgabe es ist, die Auswirkungen von Gesetzesvorhaben der EU auf die Wirtschaft zu untersuchen und zu bewerten. Die Stellungnahmen der Arbeitsgruppen werden als „position papers“ veröffentlicht. Die Mitarbeiter von BusinessEurope sollen dafür sorgen, dass die Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Auf der Webseite des Verbands sind die folgenden Publikationen abrufbar: Reports and studies, Position papers, Public letters, Facts and figures, Speeches, Press releases.

Neben den nationalen Verbänden, die BusinessEurope mit Ressourcen und Infrastruktur unterstützen, besteht noch eine sogenannte 'Corporate Advisory and Support Group'. Deren 69 Mitglieder, allesamt multinationale Konzerne von beachtlicher Größe, genießen innerhalb der Organisation einen besonderen Stellenwert. Ihre Mitglieder pflegen nicht nur intensive politische Kontakte auf höchster Ebene, sondern sind auch an allen 60 Arbeitsgruppen beteiligt, welche gemeinsame Positionen erarbeiten und erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der gesamten EU ausüben.

Verbindungen

BusinessEurope ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- [European Policy Centre](#) (EPC)
- [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS)
- [Alliance for a Competitive European Industry](#), die 2004 von 11 einflussreichen europäischen Industrieverbänden gegründet wurde und sich für arbeitgeberfreundliche Sozialgesetzgebung einsetzt^[56]
- [Alliance for CSR](#), einer im Jahr 2006 von der EU Kommission ins Leben gerufenen informellen Arbeitsgruppe, die sich mit der Weiterentwicklung von Themen im Bereich [Corporate Social Responsibility](#) beschäftigt^[57]
- [European Services Forum](#) (ESF), einer Lobbyorganisation großer europäischer Dienstleister und ihrer Verbände
- [Kangaroo Group](#)

Finanzen

BusinessEurope legt seine Finanzierung nicht offen. Laut [EU-Transparenzregister](#) liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2021 zwischen 4 und rund 4,49 Millionen Euro.^[8]

Geschichte

Eine Reihe nationaler Arbeitgeberverbände gründete 1949 den europäischen Dachverband Conseil des Fédérations Industrielles d'Europe (CIFE). Innerhalb dieses Rahmenvertrags schlossen sich im selben Jahr die nationalen Industrieverbände aus den 6 Mitgliedsstaaten der späteren Montanunion (EGKS) zusammen. Aus dieser ging im März 1958 die "Union des industries de la communauté européenne" (UNICE) hervor, die am 23. Januar 2007 in BusinessEurope umbenannt wurde.^[58]

Weiterführende Informationen

- [BusinessEurope](#) Eintrag auf lobbyfacts.eu

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Twitter](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [BusinessEurope auf lobbyfacts.eu](#) lobbyfacts.eu, abgerufen am 11.07.2023
2. ↑ [Business lobbies dominate secret channel to influence Council](#), corporateeurope.org vom 13.07.2021, abgerufen am 16.11.2021
3. ↑ [BusinessEurope](#), influence.map, ,abgerufen am 15.11.2021
4. ↑ [Mission and Priorities](#), business europe.com, abgerufen am 02.09.2016
5. ↑ [Commission Meetings](#), integritywatch.eu, abgerufen am 15.11.2021
6. ↑ [Brussels' most powerful lobbyist? Step forward BusinessEurope](#) corporateeurope.org am 21.11.17, abgerufen am 20.11.18
7. ↑ [So wollen Lobbyisten strengere Klimaziele verhindern](#), sueddeutsche.de vom 19.09.2018, abgerufen am 15.11.2021
8. ↑ ^{8,08,18,28,3} [BUSINESSEUROPE](#), ec.europa.eu, abgerufen am 14.11.2021
9. ↑ [The revolving door: greasing the wheels of the TTIP lobby](#), abgerufen am 19.09.2016
10. ↑ [European Business Summit](#) abgerufen am 13.11.18
11. ↑ [European Business Summit: Consolidating Corporate Power](#), Corporate Europe Observer im Oktober 2017, abgerufen am 20.11.18
12. ↑ [European Business Summit Events](#) abgerufen am 14.11.18
13. ↑ [Speakers](#), businesseuropeday.eu, abgerufen am 17.11.2021
14. ↑ ^{14,014,114,214,3} [Fein Raus](#) corporatejustice.org vom Juni 2022, abgerufen am 06.12.2022
15. ↑ Schreiben von BusinessEurope an das Legal Affairs Committee vom 21.01.2021, abrufbar [hier](#)

16. ↑ Brief von BusinessEurope an Macron vom 24.01.2021 abrufbar [hier](#)
17. ↑ Schreiben von BusinessEurope an von der Leyen vom 01.02.2022, abrufbar [hier](#)
18. ↑ ^{18,018,118,2} [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 03.11.2022
19. ↑ [JEFTA: Ein exklusiver Handel zwischen EU-Unterhändlern und Großkonzernen](#), Corporate Europe Observatory am 29.05.2018, abgerufen a, 08.10.2018
20. ↑ [EU-Japan summit on 25 March 2013 – Letter from Markus J. Beyrer to José Manuel Barroso](#), BusinessEurope, abgerufen am 08.10.2018
21. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 09.10.2018
22. ↑ [Joint Statement for EU-Japan Regulatory Cooperation](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
23. ↑ [BusinessEurope and Keidanren hold the 6th sector-to-sector meeting](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
24. ↑ [Joint Release – EU-Japan: Sixth sector-to-sector meeting held in Brussels](#), BusinessEurope, abgerufen am 12.11.18
25. ↑ [JEFTA-Analyse: Konzernlobbyisten bekommen Einfluss auf Gesetze](#), LobbyControl, abgerufen am 10.10.2018
26. ↑ [Who lobbies most on TTIP?](#), Artikel vom 8. Juli 2014, Webseite coporateeurope, abgerufen am 12.08.2014
27. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
28. ↑ [European Commission, BE-Chamber paper on a Regulatory cooperation component to an EU-US economic agreement \(TRADE internal assessment of relevance for EU-US Trade negotiations\)](#), 12 November 2012, abgerufen am 20.09.2016
29. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Letter to Daniel Mullaney, Re: Docket USTR-2012-0001, US Chamber of - BusinessEurope submission to the Federal Register Notice on the US-EU High-Level Working Group on Jobs and Growth, 2 February 2012](#), abgerufen am 20.09.2016
30. ↑ [US Chamber of Commerce and BusinessEurope, Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\), 2014](#), abgerufen am 20.09.2016
31. ↑ [European Commission, TTIP – EU proposal](#), abgerufen am 20.09.2016
32. ↑ [TTIP-Verhandlungen: EU-Kommission verschafft ExxonMobil privilegierten Zugang](#), Artikel vom 27.11.2015, Webseite LobbyControl, abgerufen am 08.08.2016
33. ↑ [Joint Statment: High expectations for 14th round – EU and US must deliver now on TTIP](#), abgerufen am 08.08.2016
34. ↑ [Handelsgespräche aufgenommen](#), Bundesregierung am 11. September, abgerufen am 26.09.2018
35. ↑ [<https://www.politico.eu/article/donald-trump-eu-eye-trade-low-hanging-fruit/> A new approach to EU-US trade: Less is more], Politico am 19.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
36. ↑ [<https://www.politico.com/newsletters/morning-trade/2018/09/11/us-eu-playing-the-short-medium-and-long-game-on-trade-335952> U.S., EU playing the short, medium and long game on trade], Politico am 11.09.2018, abgerufen am 26.09.2018
37. ↑ [Proposals for EU-US-regulatory cooperation](#), foeeurope.org, abgerufen am 20.11.18
38. ↑ [BusinessEurope: Worst Climate Lobbying](#), worstlobby.eu, abgerufen am 31.05.2012
39. ↑ [Es geht nicht nur um Klimaschutz! Der Vorschlag von BusinessEurope für die europäische Energie- und Umweltpolitik im Jahr 2030 greift zu kurz](#), Umweltforsch vom 1.Juli 2013, abgerufen am 25.9.2018
40. ↑ [Unilever quits BusinessEurope following tensions over lobby group's stance on environment & climate change](#), Business Humanrights am 26.08.2014, abgerufen am 25.09.2018
41. ↑ [Investors urge businesses to quit climate-unfriendly EU lobby groups](#), Climate Home News vom 02.09.2015, abgerufen am 25.09.2018

42. ↑ [BusinessEurope memo on EU climate ambition](#), BusinessEurope am 13.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
43. ↑ [Greenpeace: Industrie-Lobby will strengere EU-Klimaziele torpedieren](#), Greenpeace vom 19.9.2018, abgerufen am 25.09.2018
44. ↑ [\[1\]](#), Europäische Kommission, abgerufen am 12.11.18
45. ↑ [Briefwechsel Timmermanns Beyrer](#), asktheeu.org, abgerufen am 12.11.18
46. ↑ [Secrecy and privileged access on the menu for annual gathering of commissioners and Big Business](#), Alter-EU, abgerufen am 12.11.18
47. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 28.09.2018
48. ↑ [Die selbstverordnete Bürokratie-Entschlackungskur](#), deutschlandfunk am 12.06.2018, abgerufen am 28.09.2018
49. ↑ [Better Regulation](#), BusinessEurope, abgerufen am 28.09.2018
50. ↑ [Better Regulation Watchdog](#) Better Regulation Watchdog, abgerufen am 01.10.2018
51. ↑ [How the European Union is doing the job of big businesses](#), Corporate Europe im Februar 2016, abgerufen am 01.10.2018
52. ↑ [Mitglieder der REFIT-Plattform - Gruppe der Interessenträger](#), Europäische Kommission, abgerufen am 09.11.18
53. ↑ [TTIP-Plus-Agenda zur besseren Rechtssetzung](#), LobbyControl vom 29.10.2015, abgerufen am 02.10.2018
54. ↑ [Better Regulation: Why and How](#), Europäische Kommission, abgerufen am 02.10.2018
55. ↑ [History](#), businesseurope.eu, abgerufen am 11.07.2023
56. ↑ [Alliance for a Competitive European Industry](#), businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
57. ↑ [Alliance for CSR](#), businesseurope.eu, abgerufen am 31.05.2012
58. ↑ [BusinessEurope](#), PowerBase, abgerufen am 31.05.2012